

## Bericht der Kreisverwaltung Bad Salzungen zur Durchführung der Aktion "Ungeziefer"

Die mit der Aktion "Ungeziefer" geplante Zwangsaussiedlung tausender Menschen aus dem Grenzgebiet traf auf Widerstand. In mehreren Orten wehrte sich die Bevölkerung und organisierte Demonstrationen. Viele kamen ihrer Vertreibung mit einer Flucht in den Westen zuvor.

Schon kurz nach ihrer Gründung musste die DDR eine zunehmende Abwanderung ihrer Bürgerinnen und Bürger in die Bundesrepublik verzeichnen. Die Zwangsenteignung vieler Bauern, der im Vergleich zum Westen bereits geringere Lebensstandard, Ablehnung des politischen Systems und andere Faktoren bewegten immer mehr Menschen dazu, das Land zu verlassen.

Die SED-Führung reagierte darauf mit einer Verschärfung des Grenzregimes. Auf Geheiß der Sowjetunion erließ die Regierung am 26. Mai 1952 eine "Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands". Der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, legte die genaue Ausgestaltung nur einen Tag später in einer Polizeiverordnung fest.

Diese sah einen besonders geschützten Bereich von fünf Kilometern Breite vor der Grenze vor. Noch strengere Regeln galten für den Schutzstreifen von 500 Metern vor der Grenze. Ein zehn Meter breiter Kontrollstreifen unmittelbar an der Grenze war für normale Bürgerinnen und Bürger vollständig gesperrt.

Begleitet wurden diese Maßnahmen von Zwangsumsiedlungen aus dem Grenzgebiet. Unter dem Decknamen "Aktion 'Ungeziefer'" bereitete das MfS die Umsiedlung von "politisch unzuverlässigen" Personen vor. Die Deutsche Volkspolizei (DVP) vertrieb zwischen Mai und Juni 1952 tausende Personen aus dem Grenzgebiet und wies ihnen eine neue Bleibe im Landesinneren zu.

Alle im Grenzgebiet lebenden Bewohnerinnen und Bewohner wurden zuvor durch die Volkspolizei überprüft und in ihrer Grundhaltung zur DDR eingeschätzt. Dabei kam es zu willkürlichen Entscheidungen und Denunziationen durch Nachbarinnen und Nachbarn. Zur Aussiedlung vorgesehen waren u. a. Bürgerinnen und Bürger mit Westkontakten und ehemalige Angehörige der NSDAP. Auch Bäuerinnen und Bauern, die ihr Ablieferungssoll an den Staat nicht erfüllten, und Menschen, die sich in irgendeiner Form negativ über den Staat geäußert hatten, landeten auf den Listen.

Die Durchführung der Zwangsaussiedlungen war generalstabsmäßig geplant. Mit den Listen der Auszuweisenden durchkämmte die Volkspolizei Dörfer und Städte. Die Betroffenen mussten in aller Eile ihre Häuser verlassen und wurden mit ihrem Hab und Gut in Lastwagen und Zügen zu ihren neuen Wohnorten im Landesinneren verbracht.

Ein abschließender Bericht der MfS-Kreisverwaltung Bad Salzungen an die MfS-Landesverwaltung Thüringen vom 9. Juni 1952 nennt 307 Familien bzw. 989 Personen, die ausgesiedelt werden sollten. Darunter befanden sich Landwirte, Geschäftsleute, Hausfrauen, Handwerker, Angestellte, Arbeiterinnen und Rentner. Die meisten waren im Alter zwischen 40 und 60 Jahren und wurden überwiegend als kriminell oder "reaktionär-antidemokratisch" abgestempelt.

Nicht immer jedoch lief die Zwangsaussiedlung ohne Komplikationen ab. Proteste, Demonstrationen, Widerstände gegen die Ausweisung und Fluchten über die Grenze verzögerten und störten den Ablauf der Aktion zum Teil erheblich. Der Bericht kritisiert eine mangelhafte Aufklärung "über den Zweck und das Ziel der Aussiedlung" vorab. In der Bevölkerung hätte allgemein eine "ablehnende Stimmung" gegenüber der Aktion "Ungeziefer" geherrscht. Auch nicht betroffene Personen hätten daraufhin die DDR verlassen.

**Signatur:** BArch, MfS, BV Suhl, KD Bad Salzungen, Nr. 17, Bl. 19-22

### Metadaten

Datum: 9.6.1952

Überlieferungsform: Dokument

Bericht der Kreisverwaltung Bad Salzungen zur Durchführung der Aktion "Ungeziefer"

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
Ministerium für Staatssicherheit  
- Verwaltung Thüringen -  
Kreisverwaltung Bad Salzungen

Bad Salzungen, den 9.6.1952

An die  
Landesverwaltung Thüringen  
- Leitung -

Tgb.Nr.: 99/52

Weimar

Termin: 9.6.1952 - 14,00 Uhr -

Betr.: Aktion "Ungeziefer".  
Bezug: FS Nr. 192 vom 8.6.1952.

I.) Zur Umsetzung vorgesehene Personen.  
307 Familien = 989 Personen

II.) Ausgesiedelt wurden.  
112 Familie = 350 Personen

III.) Durch Flucht entzogen haben sich.  
195 Familien = 637 Personen

Die angegebenen Zahlen sind nicht alles Republikflucht, weil sich zum Teil Personen nur versteckt gehalten haben, die nicht aufgefunden wurden, so daß mit einer Rückkehr zu rechnen ist.

IV.) Soziale Aufgliederung der für die Aussiedlung vorgesehenen Personen.

Es kann nur die Aufgliederung der aussiedelnden Personen angegeben werden, weil die tatsächlich Ausgesiedelten noch nicht namentlich erfasst und aufgeschlüsselt vorliegen.

a) 35 Landwirte  
b) 20 Geschäftsleute und Gastwirte  
c) 19 selbständige Unternehmer  
d) 28 selbständige Handwerker  
e) 52 Handlungsgehilfen  
f) 31 Angestellte  
g) 67 Arbeiter  
h) 15 Hausfrauen  
i) 5 Rentner  
j) 35 sonstige, zum Teil ohne Beruf

-2-

Kopie BStU  
Außenstelle Suhl

Signatur: BArch, MfS, BV Suhl, KD Bad Salzungen, Nr. 17, Bl 19-22

Blatt 19



Bericht der Kreisverwaltung Bad Salzungen zur Durchführung der Aktion "Ungeziefer"

-2-

Davon waren:

a)	Ausländer	1
b)	Staatenlose	2
c)	Ohne jede Papiere	keine
d)	kriminelle Elemente	89
e)	wegen reaktionärer, antidemokratischer Einstellung und sonstige	218

BSU  
000020

V.) Altersaufgliederung nach Geschlechtern:

a)	Männer:	Jugendliche bis 15 Jahre	=	1
		bis 18 Jahre	=	5
		bis 24 Jahre	=	23
		bis 30 Jahre	=	37
		bis 40 Jahre	=	74
		bis 50 Jahre	=	69
		bis 60 Jahre	=	41
	Über	60 Jahre	=	9
b)	Frauen:	Jugendliche bis 15 Jahre	=	-
		bis 20 Jahre	=	1
		bis 24 Jahre	=	11
		bis 30 Jahre	=	7
		bis 40 Jahre	=	6
		bis 50 Jahre	=	13
	Über	50 Jahre	=	10

VI.) Parteilpolitische Zusammensetzung der Ausgesiedelten:

Eine genaue parteipolitische Aufgliederung über die auszusiedelnden bzw. ausgesiedelten Personen kann erst gegeben werden wenn die genauen Namen festliegen.

VII. Personen, die öffentliche Ämter bekleideten bzw. als Staatsangestellte oder Verwaltungsangestellte eingesetzt sind.

4	Ärzte
2	Ingenieure
2	Angehörige der Intelligenz
3	Pfarrer

Diese Personen sind in einer Sonderliste der Intelligenz erfaßt und sind nicht mit ausgesiedelt worden. Sie sollen unbesetzt und versetzt werden.

VIII. Abschluß der Aktion.

Die Aktion war 8.6.1952 restlos abgeschlossen.

Kopie BSU  
Außenstelle Suhl

-3-



## Bericht der Kreisverwaltung Bad Salzungen zur Durchführung der Aktion "Ungeziefer"

-3-

034021

**IX.) Schwierigkeiten besonderer Art bei der Durchführung.**

- 1.) Die Aktion "Ungeziefer" erstreckte sich auf Grund der langen D-Linie auf 43 Ortschaften des Kreisgebietes. Dadurch konnte keine kurzfristige Benachrichtigung an die auszusiedelnden Personen erfolgen, so daß die Möglichkeiten zur Flucht und zum organisierten Widerstand bestanden.
- 2.) Die Durchführung wurde zum Teil erschwert durch den Widerstand der Bevölkerung. In Dorndorf kam es am 6.6.1952 zu einer Demonstration, die mit den Einsatzkräften der VP bis in die Nachtstunden der VP nicht aufgelöst werden konnte. Diese Demonstration ist organisiert worden, zum Teil von den zur Aussiedlung vorgesehenen Personen. Die Ursache der Demonstration ist zum Teil darin zu suchen, daß die Bevölkerung zu wenig bzw. gar keine Aufklärung über die Gründe der Aussiedlung erhalten hat.
- 3.) Die Widerstände, die in den anderen Orten des Kreisgebietes wie Zella, Dermbach, Kaltenordheim, Kaltenwestheim, Schafhausen und Kaltenordheim gezeigt wurden sind bis auf Kaltenordheim und Schafhausen, wo der Widerstand organisiert wurde von reaktionären Elementen, gleichfalls auf die mangelhafte Aufklärung über die Gründe der Aussiedlung zurückzuführen. Besonders hat sich gezeigt, daß die Bevölkerung ähnlich wie in dem Film "Das verurteilte Dorf" gehandelt hat und den Widerstand gegen die eingesetzten Kommissionen oder VP-Kräfte erreichte, in dem sie die Bevölkerung durch Glockenläuten und Sirenengeheul mobilisierte.

- X.) Bis zum 8.6.1952 herrschte unter der übrigen Bevölkerung eine ablehnende Stimmung gegenüber der Aktion "Ungeziefer". Zurückzuführen ist diese schlechte Stimmung auf die mangelnde zum Teil auch falsche Aufklärung durch die eingesetzten Agitatoren und verantwortlichen Beauftragten der Kommissionen, in dem die Gründe der Aussiedlung und die Orte, wo die ausgesiedelten Personen hinkommen sollten der Bevölkerung nicht gesagt wurde als danach gefragt wurde. Dadurch entstand im großen Teil der Bevölkerung schlechte Stimmung, weil sie den Riasargumenten Glauben schenkte und es wurden Diskussionen laut, daß die ausgesiedelten nach Polen oder nach Sibirien und daß es nur die erste Welle der Aussiedlung sei, daß die 5 km Zone ganz geräumt werde und dergleichen mehr. Der größere Teil der Bevölkerung lehnte die Aussiedlung nicht ab, sondern verlangte nur klare Auskunft über die Gründe, die Ziele und den Abschluß der Aussiedlung. Nachdem am 8.6.1952 die ersten Berichte von den Ausgesiedelten Personen aus dem Kreis Sondershausen eintrafen, die zum Ausdruck bringen, daß die Ausgesiedelten gut untergebracht sind, Arbeitsmöglichkeiten und soziale Betreuung erhalten haben hat sich die Stimmung schon wesentlich gebessert.

- XI.) Am 7.6.1952 erfolgten in Dorndorf 6 Verhaftungen als die Aussiedlung mit Polizeigewalt durchgeführt wurde. Von den verhafteten Personen leisteten 5 der Anordnung der Volkspolizei keine Folge und räumten die Straße nicht sofort. Eine Person griff die VP an und verblieb in Haft, gegen ihn wird ein Verfahren eröffnet. Die anderen 5 Personen wurden nach Untersuchung innerhalb von 24 Stunden wieder entlassen.

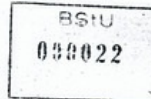
-4-

Kopie BStU  
Außenstelle Suhl



Bericht der Kreisverwaltung Bad Salzungen zur Durchführung der Aktion "Ungeziefer"

-4-



In Kaltennordheim wurden am 7.6.1952 4 5 Personen durch die VP festgenommen, weil sie der Aufforderung die Straßen zu räumen nicht Folge leisteten. Sämtliche Personen wurden nach Überprüfung wieder aus der Haft entlassen.

XIII. Einschätzung über die Durchführung der Aktion.

- 1.) Die Aktion hätte politisch besser vorbereitet werden müssen, das heißt ähnlich wie bei der Durchführung der Polizeiverordnung hätte man vorher Stimmungsberichte und Resolutionen von den Werktätigen und der Landbevölkerung erhalten müssen, die zum Ausdruck bringen konnten, daß die Regierung aufgefordert wird entlang der Demarkationslinie bis in die Sperrzone bekannte Agentenzentralen zu liquidieren und unsichere Elemente zu entfernen. Dadurch wäre ein größeres Verständnis und eine bessere Mithilfe durch die Bevölkerung erfolgt.
- 2.) Die Benachrichtigung hätte nicht 24 Stunden ex vorher erfolgen sollen, sondern kurzfristig geschehen müssen und den auszusiedelnden Personen von der Stunde der Benachrichtigung an der Verladerraum, die Arbeitskräfte und der Schutz der VP zur Verfügung stehen müssen. Dadurch wäre die große Zahl der Flüchtigen vermieden worden und der Widerstand, der zum Teil organisiert wurde, nicht möglich gewesen. Die Aktion hätte dann schwerpunkt- oder ortsmäßig durchgeführt werden müssen und nicht zugleich in allen 43 Ortschaften begonnen werden müssen.
- 3.) Vor der Durchführung der Aktion hätte man die reaktionären Elemente unter den auszusiedelnden Personen durch Festnahmen von der Masse isolieren müssen und direkt als Zwangsevakuierung behandeln müssen. Gerade in Dorndorf hat sich gezeigt, daß die Elemente den Widerstand organisiert haben.
- 4.) Die VP-Kräfte in den 43 Ortschaften, wo Aussiedlungen vorgenommen werden sollten, hätten gleich verstärkt werden müssen, so daß es nicht nur einen VP-Posten in den einzelnen Ortschaften geben konnte.

Bei der Aktion hat sich gezeigt, daß dieselbe nicht genügend politisch und organisatorisch entsprechend der Struktur des Kreisgebietes vorbereitet wurde. Vor allem, daß zu wenig konkrete Aufklärung gegenüber der gesamten Bevölkerung erfolgte über den Zweck und das Ziel der Aussiedlung wodurch auch keine Mithilfe, oder nur in ungenügendem Maße von seitens der Bevölkerung erfolgte. Das zeigt sich darin, daß die Bevölkerung die Auswahl der ausgesiedelten Personen zum Teil nicht anerkannte und das gar keine Hinweise von seitens der Bevölkerung gekommen sind, um weitere Personen auszusiedeln, die als reaktionär oder verbrecherisch bekannt waren. Bei der Durchführung der Aktion hat sich gezeigt, daß die Agitation nicht durchgreifend genug war und keine restlose Überzeugung erreicht wurde und die Bevölkerung den gegnerischen Argumenten, wiewoher durch den Rias verbreitet wurden, mehr Glauben schenkten, was zum Teil dazu führte, daß von der Aussiedlung nicht betroffenen Personen, vor allem Landwirte, gleichfalls die DDR verlassen haben.

*Roth*  
(Roth)

VP.- Oberrat  
Leiter der Kreisverwaltung

Kopie BSU  
Außenstelle Suhl